

Soll die Schweiz wieder neutraler werden?

Die Mehrheit der Kantone und Parteien will keinen Gegenvorschlag zur Neutralitätsinitiative der SVP – doch es gibt prominente Fürsprecher

CHRISTINA NEUHAUS

Für Christoph Blocher ist die Schweiz nicht mehr neutral. Nachdem sich das Land nach dem Überfall russischer Truppen auf die Ukraine der Sanktionspolitik der EU angeschlossen hatte, sagte er in einem Interview mit der NZZ, die Schweiz sei nun Kriegspartei.

Wenig später lancierte der Erfinder der modernen SVP die Neutralitätsinitiative. Er will damit erreichen, dass die Schweiz ihre Neutralität in der Verfassung verankert. Darunter verstehen die Initianten eine immerwährende und bewaffnete Neutralität. Der Beitritt zu einem Militär- oder Verteidigungsbündnis wie etwa der Nato wäre ausgeschlossen, eine Zusammenarbeit nur für den Fall eines direkten Angriffs auf die Schweiz oder zur Abwehr eines Angriffs möglich. Nicht mehr möglich wären auch «nichtmilitärische Zwangsmassnahmen» gegen kriegführende Staaten. Gemeint sind damit Sanktionen, wie sie die Schweiz gegen Russland mitträgt. Sanktionen des Uno-Sicherheitsrats dürfte die Schweiz weiterhin mittragen.

Jositsch will klarere Konturen

Die SVP war anfänglich mässig begeistert von der Intervention des Patrons. Mit der 10-Millionen-Schweiz-, der Ernährungssicherheits- und der Grenzschutzinitiative hatte sie schon genug zu tun. Zudem geht Blochers Einengung der Neutralität auch einigen SVPlern zu weit. Sie fürchten um die Zukunft der heimischen Rüstungsindustrie.

Mittlerweile hat die Parteispitze aber gemerkt, dass sich aus dem Thema politisches Kapital schlagen lässt. Seit



Daniel Jositsch
Zürcher SP-Ständerat

Wochen wirbt sie in den sozialen Netzwerken für ihre Volksinitiative. Als Testimonial dient ihr unter anderem der Zürcher Ständerat Daniel Jositsch. Denn im Gegensatz zu seiner Partei befürwortet der Sozialdemokrat einen Gegenvorschlag zum Volksbegehren der SVP.

In einem Beitrag in den Portalen von Tamedia schrieb er: «In Friedenszeiten sind wir stolz auf unsere Neutralität,



Die Neutralitätsinitiative wird im April 2024 mit rund 130 000 Unterschriften eingereicht.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

und wir Schweizerinnen und Schweizer sind deswegen überall willkommen und beliebt.» In Kriegszeiten aber sei es unangenehm, neutral zu sein, denn das bedeute, dass man den Angegriffenen gegenüber dem Angreifer nicht unterstützen könne.

So zum Beispiel beim Überfall Russlands auf die Ukraine. Wenn die Schweiz an der Neutralität festhalten wolle, dann müsse diese klarere Konturen erhalten und dürfe nicht bei jedem Konflikt anders interpretiert werden. Das sei der Grund, weshalb die Neutralitätsinitiative lanciert worden sei. Und das sei auch der Grund, weshalb er den Gegenvorschlag unterstütze.

Im Ständerat stiess Jositsch mit seiner Haltung auf Unterstützung. Die kleine Kammer lehnt das Volksbegehren ab, beschloss aber einen direkten Gegenvorschlag. Die Schweiz soll die immerwährende bewaffnete Neutralität in der Verfassung verankern, nicht aber ein Verbot von Sanktionen.

Damit widerspricht der Ständerat dem Bundesrat. Geht es nach ihm, soll das Parlament mit der Neutrali-

tätsinitiative gleich verfahren wie mit der 10-Millionen-Schweiz-Initiative: Das Volksbegehren solle der Stimmbevölkerung ohne Gegenvorschlag vorgelegt werden, teilte die Landesregierung im Juni 2024 mit. Die bisherige Neutralitätspraxis habe sich bewährt. Dank ihrer Flexibilität eigne sie sich optimal als Instrument zur Wahrung nationaler Interessen. Ein Gegenvorschlag würde ihre Handhabung nur unnötig einschränken.

Nun ist der Ball beim Nationalrat, doch der tut sich schwer. Denn die Frage, ob die Neutralitätsinitiative mit oder ohne Gegenvorschlag vors Volk soll, spaltet die Politik. Die SP, die Grünen und die GLP lehnen den Gegenvorschlag vereint ab, die Bürgerlichen sind sich uneins: Die SVP ist der Ansicht, ein Gegenvorschlag verwässere ihre Initiative, während die FDP das Volksbegehren ohne Alternativvariante vors Volk bringen will. Die Mitte wiederum setzt sich für einen direkten Gegenvorschlag ein. Sie plädiert – wie schon bei der 10-Millionen-Schweiz-Initiative – dafür, der Stimmbevölkerung einen Mit-

telweg offen zu lassen. Sonst sei die Gefahr eines Jas an der Urne gross.

Weil sich auch die parlamentarischen Kommissionen uneinig sind, hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats beschlossen, die Frage eines direkten Gegenvorschlags in die Vernehmlassung zu schicken. Kantone, Parteien, Verbände und Private sollten sich erst zum Thema äussern, bevor der Nationalrat entscheidet.

Uri schert aus

Kurz vor Weihnachten ist die Frist abgelaufen, und wie sich zeigt, hat der Gegenvorschlag nicht viele Freunde. Viele Kantone lehnen ihn ab, darunter Bern, Solothurn, Thurgau und Zug. Zug argumentiert stellvertretend für viele, die Neutralität sei heute schon in der Verfassung verankert. Die Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung verpflichten die Bundesversammlung und den Bundesrat, Massnahmen zur Wahrung der Neutralität zu treffen. Zudem sei völkerrechtlich verbrieft, dass die Schweizer Neutralität «immerwährend und bewaffnet» sei.

Anders sieht es zum Beispiel der Kanton Uri. In seiner Vernehmlassungsantwort schreibt er, die immerwährende, bewaffnete Neutralität gehöre zu den tragenden Pfeilern der schweizerischen Staatlichkeit. Sie habe wesentlich zur Unabhängigkeit, Sicherheit und internationalen Glaubwürdigkeit der Schweiz beigetragen und geniesse in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Für den Kanton Uri sei deshalb unbestritten, dass dieser Grundsatz auch in Zukunft bewahrt werden müsse. Er spreche sich deshalb klar für den Gegenvorschlag aus.

Bei der 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP sind Parlament und Bundesrat eine riskante Wette eingegangen. Sie hoffen, dass die Stimmbevölkerung die Radikalität des Begehrens erkennt und es klar ablehnt. Bei der Erbschaftssteuerinitiative der Juso hat diese Methodik verfangen. Aber verfängt sie auch bei Vorlagen, die Themen ansprechen, die der Bevölkerung unter den Nägeln brennen? Der Zuwanderung und der Neutralität?

«Es gibt keine halbe Neutralität»

Der Nationalrat muss sich nun entscheiden, ob er einfach schaut, was die Mehrheit auf seine Frage antwortet, oder ob er sich dem Ständerat anschliesst und der Bevölkerung einen direkten Gegenvorschlag unterbreitet.

Die meisten Verbände, Parteien und Kantone sind zwar skeptisch, aber die Idee einer gestärkten Neutralität stösst nicht nur bei Daniel Jositsch auf prominente Unterstützung. Zu den Befürwortern der Neutralitätsinitiative gehört etwa Alt-Botschafter Paul Widmer. In einem Beitrag bei SRF schrieb er: «Nichts spricht dagegen, den wichtigsten Grundsatz unserer Aussenpolitik weiterhin zu befolgen. Aber das erfordert Überzeugung und Disziplin. Es gibt keine halbe Neutralität. Man ist neutral, oder man ist es nicht. Nur eine konstante Neutralitätspolitik schafft in der Staatenwelt das Vertrauen, auf das die Schweiz angewiesen ist.»

Zumindest Sympathien für eine klar definierte Neutralitätspolitik hat auch der Wirtschaftsdachverband Economieuisse. In seiner Vernehmlassungsantwort spricht er sich zwar klar gegen die SVP-Initiative aus, empfiehlt aber den direkten Gegenvorschlag des Ständerats.

Bei der 10-Millionen-Schweiz-Initiative gibt es kein Zurück mehr. Sie kommt ohne Gegenvorschlag an die Urne. Bei der Neutralitätsinitiative steht die Möglichkeit eines Kompromisses noch im Raum.